

Mittlere Mächte schließen sich China an: Überleben, Absicherung und das Ende strategischer Illusionen

Der Ansturm westlicher Staats- und Regierungschefs auf Peking hat weniger mit Ideologie als vielmehr mit Überleben zu tun und markiert einen strategischen Neuanfang in einer fragmentierten, zunehmend multipolaren Weltordnung.

8. Februar 2026 | Ricardo Martins

Die jüngste Reihe von Besuchen westlicher Staats- und Regierungschefs in Peking – Norwegen, Finnland, Frankreich, Kanada, Großbritannien, Deutschland und Spanien (zum zweiten Mal) – signalisiert mehr als nur eine diplomatische Annäherung an China. Sie spiegelt einen tieferen strukturellen Wandel in der Weltpolitik wider: das strategische Erwachen der Mittelmächte in einer fragmentierten, von Zwängen geprägten und zunehmend multipolaren Weltordnung. Angesichts der unberechenbaren, aggressiven Außenpolitik von Donald Trump und der internen Krisen Europas wird China nicht mehr nur als Herausforderer des Westens gesehen, sondern als notwendiger Partner und für viele als sicherer Hafen.

Was ist eine „Mittelmacht“ in geopolitischer Hinsicht?

In der geopolitischen Theorie ist eine Mittelmacht ein Staat, der zwar nicht über die umfassende Dominanz einer Supermacht verfügt, aber dennoch genügend wirtschaftliches, diplomatisches, technologisches oder regionales Gewicht besitzt, um internationale Entwicklungen zu beeinflussen. Mittelmächte sind keine Systemgestalter, aber sie sind Systembeeinflusser. Sie stützen sich eher auf Koalitionen, Institutionen und Diplomatie als auf einseitige Gewalt. Länder wie Kanada, Australien, Großbritannien, Frankreich, Deutschland und die nordischen Staaten fallen in diese Kategorie, obwohl ihre relative Macht aufgrund des Aufstiegs von Staaten wie Indien, Indonesien oder Brasilien zurückgegangen ist.

Entscheidend ist, dass „Mittelmacht“ keine kollektive Identität ist. Was sie heute verbindet, ist ihre Verwundbarkeit: Sie sind tief in globale Handels- und Sicherheitsnetzwerke eingebunden, die nun von den Großmächten als Waffen eingesetzt werden.

Die westlichen Mittelmächte paradieren in Peking

Mark Carneys unverblümte Formulierung – „Entweder bist du auf der Speisekarte oder auf dem Tisch“ – fasst das Dilemma der Mittelmächte treffend zusammen. In einer Zeit, in der Zölle, Sanktionen, Lieferketten und Finanzsysteme als Zwangsmittel eingesetzt werden, wird Abhängigkeit zu einer strategischen Belastung. Die Drohungen der Trump-Regierung gegenüber Verbündeten, wie Zölle gegen Kanada und andere Länder, die territoriale Aneignung Grönlands und die transaktionale NATO-Politik, haben die Annahme zerstört, dass eine Annäherung an Washington Stabilität garantiert.

Für Mittelmächte geht es bei der Zusammenarbeit mit China weniger um ideologische Konvergenz als vielmehr um geopolitisches Überleben. Peking bietet Marktzugang, Investitionen, technologische Zusammenarbeit und vor allem Vorhersehbarkeit. China erscheint den westlichen Mittelmächten nun konsistenter als die unberechenbaren USA, die ihre Verbündeten zunehmend als Druckmittel statt als Partner behandeln.

Was hat jedes Land durch die Zusammenarbeit mit Xi Jinping gewonnen?

Die Ergebnisse dieser Besuche waren eher pragmatischer als transformativer Natur:

Vereinigtes Königreich: Premierminister Keir Starmer sicherte sich Zollsenkungen (insbesondere für Whisky), visumfreies Reisen, Gesundheits- und Handelsabkommen sowie neue Investitionsströme. Noch wichtiger ist, dass London signalisierte, nicht zwischen Washington und Peking „hin und her zu pendeln“, und damit seine strategische Autonomie bekräftigte.

Kanada: Der Besuch von Mark Carney führte zu erweiterten Handelskanälen, einer Zusammenarbeit im Bereich Elektrofahrzeuge und einer Diversifizierung weg von der überwältigenden Abhängigkeit von US-Exporten. Symbolisch bekräftigte er Kanadas Weigerung, wirtschaftliche Zwänge seitens der USA zu akzeptieren.

Finnland und die nordischen Staaten: Diese Besuche konzentrierten sich auf Technologie, saubere Energie und industrielle Zusammenarbeit und spiegelten Chinas Rolle in kritischen Lieferketten wider.

Frankreich und Deutschland: Paris und Berlin streben Zugang zur Industrie, Zusammenarbeit im Klimabereich und technologisches Engagement an, während sie sich stillschweigend gegen die Unzuverlässigkeit der USA absichern. Das Interesse Deutschlands an Satelliten- und Raketenabwehrtechnologie unterstreicht das Streben Europas nach strategischer Autonomie.

Keiner dieser Staaten „orientiert sich“ vollständig an China. Sie sichern sich ab, d. h. sie reduzieren ihr Engagement gegenüber einer einzelnen Großmacht.

Trumps Reaktion und was sie für die USA bedeutet

Donald Trumps Reaktion war offen feindselig. Er bezeichnete die Beziehungen zwischen Großbritannien und China als „sehr gefährlich“ und warnte Kanada, dass „China nicht die Lösung ist“. Diese Reaktion ist jedoch sehr aufschlussreich. Aus Sicht Washingtons stellen westliche Staats- und Regierungschefs in Peking einen Kontrollverlust dar. Die Ordnung nach dem Kalten Krieg beruhte nicht nur auf der Macht der USA, sondern auch auf der Zustimmung der Verbündeten. Diese Zustimmung ist nun an Bedingungen geknüpft.

Ironischerweise bestätigen Trumps Drohungen Carneys Argument, dass die wirtschaftliche Integration als Waffe eingesetzt wird. Jede Zollandrohung und jede öffentliche Demütigung verstärkt den Anreiz für Mittelmächte, sich von den USA zu diversifizieren.

Was erwarten Mittelmächte von China und wie verändert dies ihre Beziehungen zu den USA?

Mittelmächte suchen keinen Schutz bei China, sondern Optionen. Sie wollen Zugang zum riesigen chinesischen Markt, Teilhabe an dessen industriellen Ökosystemen und Zusammenarbeit in Bereichen wie grüne Technologien, Infrastruktur und Finanzen. Ebenso wichtig ist ihnen Einfluss: die Möglichkeit, Washington „Nein“ zu sagen, ohne dass dies katastrophale Folgen hätte.

Selbst Trumps bester Freund in Europa, der finnische Präsident Alexander Stubb, hat Europa dazu aufgefordert, einen Wandel in den USA anzuerkennen, da die außenpolitische Ideologie der aktuellen US-Regierung nicht mehr mit den Grundwerten Europas übereinstimme.

Dies bedeutet nicht das Ende der Allianzen mit den USA, sondern eine Neugewichtung derselben. Die Beziehungen werden weniger hierarchisch und eher transaktional. Mittlere Mächte signalisieren, dass Loyalität nicht mehr als selbstverständlich angesehen werden kann, sondern verdient werden muss.

Geopolitische Schlussfolgerungen

Daraus lassen sich mehrere allgemeine Schlussfolgerungen ziehen:

1. Die regelbasierte Ordnung ist zerbrochen: Nicht weil es nie Regeln gegeben hätte, sondern weil die USA diese nun offen ignorieren, wenn sie ihnen nicht passen.
2. Mittlere Mächte sind nicht mehr passiv: Sie experimentieren mit Koordination, Diversifizierung und Koalitionen mit „variabler Geometrie“ anstelle von starren Blöcken. Überleben hat oberste Priorität.
3. China profitiert von der Überdehnung der USA: Pekings Haltung der Stabilität und des Dialogs steht in starkem Kontrast zu Washingtons Unberechenbarkeit und seinem zwanghaften, beleidigenden Tonfall.
4. Die Multipolarität beschleunigt sich: Nicht durch den Aufstieg einer neuen Hegemonialmacht, sondern durch das kollektive Handeln von Staaten, die nicht bereit sind, sich von einer einzigen Supermacht dominieren zu lassen.
5. „America First“ bedeutet zunehmend „America Alone“: [Trump führt zu Isolation](#); um weitere Isolation und Enttäuschung zu vermeiden, wird Zwang ausgeübt.

Kurz gesagt, der Marsch nach Peking spiegelt keine ideologische Wandlung wider, sondern eine pragmatische Anpassung an eine zerbrochene internationale Ordnung. Während die USA zunehmend ihre eigenen Regeln außer Kraft setzen und auf Zwang setzen, behaupten sich Mittelmächte durch Diversifizierung, Koordination und flexible Koalitionen, wobei das Überleben oberste Priorität hat.

China hat von dieser Situation nicht durch Gewalt profitiert, sondern indem es im Gegensatz zur Unbeständigkeit Washingtons Stabilität, Dialog und Vorhersehbarkeit vermittelt hat. Das Ergebnis ist eine sich beschleunigende Multipolarität, die weniger durch den Aufstieg einer neuen Hegemonialmacht als durch den kollektiven Willen von Staaten vorangetrieben wird, die sich nicht einer einzigen Macht unterordnen wollen. In diesem Zusammenhang wird „America First“ zunehmend als „America alone“ wahrgenommen, während Peking zu einem zentralen – wenn nicht sogar unverzichtbaren – Pol in einer pluralistischeren Weltordnung wird.